

## **– Pressemeldung –**

### **An Lehrern mangelt es nicht erst in der Zukunft!**

Wie verschiedenen Medien Anfang der Woche zu entnehmen war, prognostiziert eine Studie der Bertelsmann-Stiftung für die Zukunft einen erheblich größeren Mangel an Lehrkräften, als bislang angenommen. Insbesondere an den Grundschulen verschärfe sich die Lage immens, dort fehlen laut Studie bis zum Jahr 2025 bundesweit mehr als 26.300 Lehrerinnen und Lehrer.

Beim Lehrermangel handelt es sich allerdings nicht um eine düstere Zukunftsvision, sondern dieser ist bundesweit an den Schulen bereits seit geraumer Zeit traurige Realität, mithin auch in Hessen und somit ebenso im Schulamtsbezirk Hanau/Main-Kinzig-Kreis.

Dass es sich bei der Lehrerversorgung nicht lediglich um eine „angespannte Situation“ handelt, wie der Kultusminister zum Schuljahresbeginn behauptet (FAS, 11.08.2019), belegt ein Schreiben des Hanauer Schulamtes, das den drei im Amtsbezirk aktiven Kreisverbänden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vorliegt. Hierin wird darauf verwiesen, dass der Unterrichtsbedarf an den Grundschulen des Aufsichtsbezirks derzeit im Umfang von 14 Stellen nicht abgedeckt sei. Dies entspricht knapp 400 Unterrichtsstunden wöchentlich, die nicht oder nur durch nicht ausgebildetes Personal gehalten werden. Was der Kultusminister als „Engpässe“ bezeichnet, die durch Krankheit, Elternzeit oder andere dienstliche Verpflichtungen entstünden, sind hierbei noch nicht eingerechnet. Somit handelt es sich wohl eher um ein grundsätzliches Problem der Unterversorgung, das der Minister allerdings bestreitet.

Zudem wird in dem Schreiben des Schulamtes festgestellt, dass sich der „bislang latent vorhandene Lehrermangel“ in der hiesigen Region durch die steigenden Bevölkerungszahlen besonders stark auswirke. Dies stelle laut Jörg Engels vom GEW-Kreisverband Hanau jedoch nur die halbe Wahrheit dar. Zusätzlich müsse man berücksichtigen, dass im Grundschullehreramt die geringsten Gehälter gezahlt werden. Dies wirke sich generell auf die Beliebtheit dieses Lehramtes aus und lasse angesichts der hohen Mieten im Ballungsraum Rhein-Main die dortigen Stellen für potentielle Bewerberinnen und Bewerber besonders unattraktiv werden.

Dem könne nur mit einer Gehaltsangleichung an die anderen Lehrämter begegnet werden, was die GEW auch bereits seit Langem fordert. Dass angesichts dieser Situation von Kultusminister Lorz die Forderung nach einer ausreichenden Anzahl an Stellen in Verbindung mit einer angemessenen Besoldung ins „Schlaraffenland“ verwiesen wird (Dill-Post, 18.08.2019), zeigt die Ignoranz des Ministers gegenüber den Grundschullehrkräften und seine mangelnde Bereitschaft, für eine adäquate und schnelle Lösung der Mangelsituation zu sorgen.

Die von den Machern der Studie geforderten „kurzfristigen Lösungen“ jedenfalls können von den Vertretern der GEW nicht begrüßt werden. Kurzfristig kann nämlich schwerlich qualifiziertes Personal gewonnen werden. Entsprechend werden Seiteneinsteiger oder Studierende angeworben. Diese stellen zwar die Betreuung der Kinder durch eine Erhöhung der Personaldecke sicher, tragen aber zu der Versorgung mit qualifiziertem Unterricht nur wenig bei. Auch sind die von ministerialer Seite angedachten Gegenmaßnahmen wie die Reduzierung der Teilzeitquote oder die Verwehrung der Frühpensionierung aus gewerkschaftlicher Sicht inakzeptabel. „Gegen den Mangel hilft nur, nach Kräften um Nachwuchs zu werben und vor allem, den Beruf wieder attraktiver zu machen. Die geäußerten Absichten des Ministers erreichen genau das Gegenteil“, so Engels. Zudem dürfe die Problematik nicht auf den Grundschulbereich allein betrachtet werden, „denn den steigenden Schülerzahlen dort folgen in wenigen Jahren steigende Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen“.

Nachfragen unter: Jörg Engels, 0163-3640565, joerengels@gmx.de